





Aus diesen Gründen heraus verlangte Ludendorff im Oktober 1918 die beschleunigte Bildung einer parlamentarischen Regierung, er, der sich bislang haßstarrig gegen das parlamentarische System gewendet und für rücksichtslose Autokratie eingesetzt war. Die parlamentarische Regierung fand sich, und damit war Ludendorff und seinen Freunden geholfen. Nachdem das Schicksal Deutschlands militärisch besiegelt war, galt es nunmehr, politisch zu handeln, und die politischen Handlungen mußten sich zwangsläufig nach der militärischen Lage richten. Sie konnten keinen Gewinn bringen, weil Deutschland geschlagen am Boden lag, aber die Militaristen und Monarchisten waren von der Verantwortung befreit, den Krieg, den sie angezettelt und bis zum Stadium der vollendeten Niederlage geführt hatten, nunmehr auch zu liquidieren. Nicht die Bankrotteure, die dazu verpflichtet waren, sondern die Gläubiger unterzeichneten den Konkurs, und nun konnten die Monarchisten und Militaristen die Gläubiger, die Leben, Gut und Blut hergegeben hatten, für den Bankrott und seine Folgen verantwortlich machen, und dank der beispiellosen politischen Denkfähigkeit des deutschen Volkes gelang es ihnen auch, dieses betrügerische Manöver so geschickt zu führen, daß sie heute noch immer bei Hunderttausenden Achtung finden, obwohl ihnen historisch betrachtet, nur die tiefste Verachtung gezollt werden dürfte!

Es war ein großer Fehler, daß die erste revolutionäre Regierung den Waffenstillstand von einem Anhänger des neuen Regimes unterzeichnen ließ. Die Bankrotteure hatten notwendigerweise auch die Unterschrift beizubringen, daß sie Bankrott gemacht hatten und am Ende ihres Lateins waren. Selbstverständlich wäre der Waffenstillstand, wenn er etwa durch einen kaiserlichen General vollzogen worden wäre, für Deutschland nicht günstiger ausgefallen, eher noch weit ungünstiger. Auch davon war die Generalität überzeugt. „Nachmännliche Kenntnisse“ spielten bei den Verhandlungen überhaupt keine Rolle mehr. Deutschland hatte das zu unterzeichnen, was ihm vorgelegt wurde, denn es konnte sich nicht mehr wehren. Ein General, der etwa Einwendungen zu erheben versucht hätte, wäre unter Umständen recht unangenehm aus Frankreich hinausgeführt worden, trotz der kaiserlichen Anordnungen, die seine Brust zierten. Aber dennoch, man durfte bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes nicht nur an die augenblickliche Lage, man mußte auch an die politische Zukunft denken. Und diese gebot, den Militaristen, die den Krieg angezettelt, jede Friedensmöglichkeit in den Wind geschlagen hatten, und den Krieg solange führten, bis sie keinen Ausweg mehr fanden, die volle Verantwortung für das Unglück aufzubürden, das sie über Deutschland gebracht hatten; sie gebot, die Unterzeichnung des Waffenstillstandes, die Konkursurkunde, durch einen Militaristen vollziehen zu lassen. Hätte sich ein solcher Mann nicht gefunden, dann wäre es Pflicht der Regierung gewesen, dies vor aller Welt feierlich festzustellen, die Feigheit dieser Clique an den Bronger zu stellen und dem Volke zu zeigen, daß die Männer, die sich bisher anmaßten, seine berufenen Führer zu sein, in der Stunde der höchsten Gefahr vollkommen versagt haben, und daß mit derartigen Männern aus politischer und moralischer Sauberkeit einmal für immer gebrochen werden müsse.

Diese grobe Unterlassungssünde der Regierung hat sich politisch schwer gerächt. Sie war einer der folgenschwersten Fehler, die in der ersten revolutionären Epoche gemacht worden sind. Erzberger, der den Mut hatte, den die ganze Generalität nicht aufbrachte, mußte dafür sein Leben lassen. Außerdem diente die Feigheit der militaristischen Kaste politisch zur Mehrung des deutschnationalen Anhangs. Sie ist auch heute noch die eigentliche Quelle aller reaktionären Erfolge. Dieser Fehler kann nur gutgemacht werden, wenn immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß die militärische Niederlage es war, die zu dem harten Waffenstillstand führte, und daß diese Niederlage verschuldet wurde durch die Männer des kaiserlichen Regimes. Die historischen Tatsachen müssen in allen Einzelheiten durch Beweise belegt und propagandistisch in das entfernteste Dorf getragen werden. Dann wird es möglich sein, den geschlagenen Generälen, die jetzt

im Lande umherziehen und Gesichtslügen verbreiten, die Maske vom Gesicht zu reißen und damit auch der ganzen deutschnationalen Propaganda ihre festesten Stützpunkte zu entziehen.

## Verhandlungen mit Bayern

### Der Stolz des Herrn Helfferich

Die Reichsregierung hat gestern mit Vertretern der bayerischen Regierung und Vertretern der bayerischen Koalitionsparteien Verhandlungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes veröffentlicht. In der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses will der Reichskanzler über das Ergebnis der Besprechungen berichten. Einige Blätter wollen bereits wissen, daß es zu einer Verständigung darüber kommen werde, daß die Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern auf dem Wege der Verhandlungen und nicht durch diktatorische Maßnahmen der Reichsregierung erfolgen soll.

Wir sind der Auffassung, daß Verhandlungen mit der Reichsregierung nicht mehr am Platze sind, sondern daß gehandelt werden muß. In diesem Sinne ist auch der Antrag formuliert, den unsere Parteigenossen im Ueberwachungsausschuß eingebracht haben.

Inzwischen sehen die reaktionären Kreise in Bayern ihre Hege gegen die Reichsregierung fort. So schreibt der „Bayerische Kurier“, daß die Gefahr des Bürgerkrieges und des Zerfalls des deutschen Volkes in einer bürgerlichen und sozialistischen Hälfte besteht. Ein vollgerichtetes Maß an dieser Entwicklung trage die Politik des Reichskanzlers, und wenn er erkläre, daß er sich bei einer solchen Spaltung auf die Seite der Arbeiterschaft, d. h. auf die Seite des revolutionären Sozialismus stellen werde, so könne das niemand überreden, der die Entwicklungslinie des gegenwärtigen Reichskanzlers kenne.

Geradezu als eine Verhöhnung der Reichsregierung muß die Tatsache gelten, daß die Deutschnationalen auf ihrem Parteitag gestern eine große Gedankfeier veranstaltet haben, auf der der bayrische General Krastl v. Dellmensingen die Festsprache hielt. Später sprach noch Herr Helfferich, der erklärte, in Berlin sitze eine Regierung, die ein Verbrechen zum Anlaß nehme, um gegen alles zu wüten, was deutschen Stolz besitze. Wo sitze in Deutschland eine wirkliche Volksregierung? Nur in Bayern! Dieser Volksregierung verdanken wir es, wenn heute tausende von Frauen und Männern die Gedankfeier hier begehen können. Niemals habe ich es stolzer empfunden, als am heutigen Abend, daß ich Bayer von Geburt bin.

Die bayrische „Volks“regierung und Herr Helfferich mit seinen Deutschnationalen sind einander durchaus würdig, und man kann die Hochachtung des einen Teils vor dem anderen verstehen. Was insbesondere Herrn Helfferich anlangt, so steht das Urteil der gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes über diesen Mann schon längst fest, und wenn er sich jetzt in das sichere Bayern zurückzieht, so wird man unwillkürlich an sein Verhalten nach dem Gesandtenmord in Moskau im Jahre 1918 erinnert, als er seine wertvolle Person schleunigst in Sicherheit brachte. Stolz liebe ich den Spanier, aber auch diesen Helfferich!

## Die Zeitungsverbote

### Der Einspruch der Pressevertreter

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse hat Einspruch dagegen erhoben, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten Blätter wegen ihrer allgemeinen Tendenz verboten werden. Auch in der gestrigen Sitzung der Pressekonferenz sind die auf Grund der Verordnung erlassenen Zeitungsverbote besprochen worden, und man hat dagegen protestiert.

In der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses erklärte Genosse Dittmann, daß die Ausnahmereordnungen nur als ein Provisorium betrachtet werden dürfen, und daß durch reichliche Bestimmungen die notwendigen Sicherungen für die Republik geschaffen werden müßten. Diese Auffassung trifft auch auf die Verordnung gegen die Presse zu.

Wir können den Herren von der Rechten aber keineswegs das Recht zugestehen, sich darüber zu entziehen, daß auch sie einmal von Ausnahmereordnungen getroffen werden, und daß man

einige ihrer schlimmsten Behauptungen auf vierzehn Tage verbieten hat. Wo waren denn die Organisationen der bürgerlichen Presse, wo waren die rechtsstehenden Blätter, als unabhängige und kommunistische Blätter nicht nur auf Wochen, sondern auf Monate verboten wurden? Was haben denn diese Leute zu der Unentbehrlichkeit des Münchener Organs unserer Partei, erst des „Kampf“ und jetzt der „Münchener Morgenzeitung“ gesagt?

Nichts haben sie gesagt oder gar getan. Mit wenigen Ausnahmen, von denen die „Völkische Zeitung“ und „Völkische Zeitung“ erwähnt sein, finden sie es für schmerzhaft oder offen aufnehmend ganz in der Ordnung, daß die ihnen unbequeme Presse unterdrückt wird. Deshalb darf man die augenblickliche Enttötung nicht ganz ernsthaft nehmen.

## Die Fronde der bayrischen Offiziere

### Aus München wird gemeldet:

Das Uniformverbot und die übrigen Ausnahmereordnungen des Reichspräsidenten haben im bayrischen Offizierskorps, und zwar im aktiven wie im inaktiven, außerordentliche Mißstimmung hervorgerufen. Der Widerstand gegen das Verbot ist im dauernden Wachen begriffen. Der bayrische Offiziersbund hat gegen das Uniformverbot scharfsten Protest erhoben, und es ist damit zu rechnen, daß auch der bayrische Landeskommandant hiergegen so wohl bei der bayrischen Regierung wie bei der Obersten deutschen Heeresleitung protestieren wird. Man erblickt im aktiven bayrischen Offizierskorps in dem Uniformverbot einen Verstoß der Reichsregierung gegen die Ehre (??) auch des aktiven Offizierskorps und der jetzigen Wehrmacht, da diese offiziell beauftragt sei, die Tradition der alten deutschen Wehrmacht weiterzuführen, und daher nicht ruhig zusehen könne, wie man in dieser Weise gegen alle verdiente Führer vorgeht. Auf jeden Fall wird die Uniform weitergetragen.

Wenn die Reichswehr es als ihre oberste Pflicht erachtet, die Tradition der alten deutschen Armee weiterzuführen, dann erweist sich recht deutlich, wie überflüssig und schädlich diese Wehrmacht für den republikanischen Staat ist. Zur Tradition des alten Heeres gehörte es ja auch, dem obersten Kriegsherrn unbedingten Gehorsam zu leisten, und aus diesen Gründen heraus betrachteten sich ja gerade heute noch viele aktive Offiziere als gehorsame Diener des früheren Reiches. Nicht die Republik, sondern der erwählte Monarch ist ihr eigentlicher Befehlshaber. Eine Armee mit derartigen „Traditionen“ ist für die Republik natürlich kein Schutz, sondern eine Quelle dauernder Gefahren und innerer Unruhen, und gerade muß die Republik dafür sorgen, daß mit dieser monarchistischen Tradition schleunigst Schluss gemacht wird.

Selbstverständlich hat die Regierung auch die Pflicht, der Verordnung, die den inaktiven Offizieren das Tragen der Uniform verbietet — es geschieht dies immer in provokatorischer Absicht — den erforderlichen Respekt zu verschaffen. Die Fronde der bayrischen Offiziere muß ebenso rücksichtslos gebrochen werden, wie die Fronde der Kahrleute. Denn beide Kreise arbeiten offen gegen die Republik und ihre Einrichtungen.

## Kein Streit in der Metallindustrie

### Annahme des Schiedspruchs

Wie wir bei Redaktionsschluss erfahren, hat die Abstimmung über Annahme des Schiedspruchs oder Streik in der Berliner Metallindustrie ergeben, daß der übergroße Teil der Berliner Metallarbeiter sich für Annahme des Schiedspruchs ausgesprochen hat. Wenn das genaue Abstimmungsergebnis zu Stunde auch noch nicht bekannt ist, so steht jedoch schon fest, daß über zwei Drittel sämtlicher Stimmen für Annahme des Schiedspruchs abgegeben worden sind.

Die Berliner Metallarbeiter sind somit dem Vorschlag ihrer Organisationsleitungen, die sich im Metallkartell vereinigen, gefolgt; sie haben damit den Beweis erbracht, daß sie Disziplin zu halten wissen, trotzdem sie von dem Schiedspruch nicht befriedigt sein könnten. Die von den Kommunisten ausgegebene Parole, für den Streit zu stimmen, wurde nicht beachtet. Das genaue Abstimmungsergebnis werden wir noch mitteilen.

## Die Kultur-Internationale

Von Lutz Herman

Aus dem Schwedischen von Willi Kienig

Der folgende Artikel von Lutz Herman, dem führenden Dichter der schwedischen Arbeiterbewegung, enthält zahlreiche Anregungen für einen internationalen Kultur-Kongress des Proletariats, die uns der Beachtung und Diskussion wert erscheinen.

Revolutionen sind, dem üblichen Begriffe nach, wirtschaftliche Explosionen, gewaltsame Zusammenstöße von Klasseninteressen, die ihrem ureigenen Wesen nach außerhalb des geistigen Aufbaues, der großen zusammenhängenden menschlichen Kultur stehen. Doch bei jeder wirtschaftlichen Revolution stellt sich die Kultur ein und verlangt, daß ihre Maximalforderungen beachtet werden. Etwas erhält sie auch wohl immer, doch stets wird sie im Großen, im Wesentlichen betrogen. Das Große, Neue, das bei jeder Umwälzung von den großen Geistern der Menschheit mit Bangen und Andacht erwartet wird, ist bisher noch nicht gekommen. Vielleicht deshalb, weil es eine Ideologie ist, vielleicht auch, weil wir bisher noch keine Umwälzung von zureichend eingreifender Natur gehabt haben. Jetzt, da die Kultur aufs neue vor einem Durchbruch, den der Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats steht, und wiederum die Kultur die Maximalforderungen im Namen der ganzen Menschheit vorlegt, wagen wir zum ersten Male ernstlich zu hoffen, daß diesen entsprechen werden wird. Mehr als je zuvor dürfen wir hoffen, weil noch niemals eine Klasse bei ihrem Aufmarsche einen so brennenden Kultur-Durst hatte, wie die Arbeiterschaft. Schließlich auch, aber nicht zuletzt, weil durch die zum ersten Male erstrebte Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft endlich der Grund zu einer wirklichen Kultur, zu einem Aufbau der Menschheit in des Wortes bester Bedeutung gelegt werden kann.

Das Wirtschaftliche ist das Primäre. Wir haben deshalb kein Recht, einen ausgehungerten Menschen und eine ausgehungerte Klasse zu scheitern, weil sie zuerst um leibliche Forderungen und nachher erst um geistige kämpfen. Doch gleichzeitig müssen wir Sozialisten — und besonders die, die auf dem intellektuellen Gebiete wirken — sehr darauf sehen, daß das kulturelle im Kampfe nicht beiseite geschoben wird.

Eine Revolution, die nur der Revolution wegen kommt, hat keine volle Berechtigung. Eine soziale Umwälzung ohne ideale Ziele, nur auf die Füllung der Magen bedacht, ist weiter nichts als ein Wechsel der Schnauze in der Futterkrippe. Jede bewußte bewirkte gesellschaftliche Neugestaltung ist nur berechtigt durch den Willen, daß mittels der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Menschheit Gelegenheit zur geistigen Bereicherung, zur intellektuellen Entwicklung, zum Verstandeswachstum gegeben wird.

Wenn der Sozialismus die ihrem Wesen nach natürlich und berechtigterweise egoistischen Klassenbestrebungen der Arbeiterklasse ausniht, so geschieht dies zum Besten der gesamten Menschheit, und dies kann auch geschehen, weil die Befriedigung der egoistisch-wirtschaftlichen Interessen des Proletariats mit dem allgemeinen Wohle in einer Linie liegen, ja, weil erst diese Befriedigung die Bedingung für eine neue, menschliche Kultur ist. Aber gerade deshalb ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß die kulturelle Seite des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse voll und ganz gewürdigt wird. Wie viel versäumt wurde, zeigt ein Blick auf manchen Arbeitertyp des Stammes der alten Arbeiterbewegung. Dieser ist kulturell vollständig von der Bourgeoisie abhängig und mit den Projekten vom Tische zu fischen.

Hierin muß eine Wandlung eintreten. Der Zeitpunkt für eine positive Kulturkampferarbeit zur Vorbereitung der sozialistischen Kultur ist in allen Ländern gekommen. Diese sozialistische Kultur wird der Erbe und der Vollbringer der von der Bourgeoisie betrogenen großen menschlichen Kultur sein. Hier darf unsere verschiedenartige Auffassung von der Dauer, Entfernung usw. der Weltrevolution nicht einwirken. Auf einen gewissen Uhrschlag beginnt keine Kultur. Die bürgerliche Kultur läuft aber tatsächlich immer mehr ab und die neue, sozialistische hat bereits zu sprechen begonnen.

Wenn wir beginnen, die Grundsteine zur neuen Kultur zu legen, so müssen wir in erster Linie darauf achten, daß sie ausgesprochen international wird, nicht nur in dem Maße, daß wir sie so wenig wie möglich struppig national machen, sondern daß wir mit unbedingtem Konsequenz unsere gottlose Schöpfungsarbeit auf eine einheitliche menschliche Basis bringen. Diese Auffassung ist ebenso selbstverständlich wie die, daß die neue sozialistische Wirtschaft eine einheitliche Weltwirtschaft sein muß.

Zu diesem Zwecke möchte ich eine organisatorische Zusammenfassung, eine große rote Kulturinternationale vorschlagen, die baldigst von leitenden Intellektuellen, die auf klarem sozialistischen Boden stehen, zu einem internationalen Kongress berufen wird. Dort würden sich Schriftsteller und Wissenschaftler, wie Maxim Gorki, Bernard Shaw, K. Herman, Max Eastman, Andersen-Reed, Edward Bull, Fannestock, Gorter, Angelica Balabanow, Henriette Roland-Holst, Alphonse Vaquet, Guilleaume, Romain Rolland, Barbusse, Upton Sinclair, Journalisten, Künstler und andere mehr treffen. Dieser erste Weltkongress hätte natürlich bei keinem ersten Zusammentritt nicht allzuviel Arbeit bewältigen. Doch würde sich daraus die nähere Bekanntschaft entwickeln, man würde Ratsschlüsse erteilen, organisatorische Verbindungen anknüpfen und den Grundstein zu einer, mit den Jahren wachsenden, intimen, geistigen Zusammenarbeit legen.

Themen und Vorschläge gibt es zahlreiche. Im nachstehenden nur einige: Eine einheitliche Kulturjournalistik, die auch den kleinsten Arbeiterorganen im kleinsten Lande die notwendigsten politischen, schillerliterarischen und künstlerischen Beiträge aus der ganzen Welt liefert. Eine umfassende Buchverlagszusammenarbeit, wodurch auch kleinsprachigen Ländern die Möglichkeit geschaffen würde, sich reichhaltige und wertvolle Literatur zu verschaffen. Austausch von Redakteuren zwischen den Arbeiterblättern der verschiedensten Länder, eine Art von sozialistischem Redakteuraustausch in fremden Ländern. Wie viel könnten da die Genossen lernen, die doch auch meist proletarischer Herkunft sind. Ein gleichartiger Austausch von Kindern in einem höheren Schulalter, deren Bild durch den Auslandsaufenthalt erweitert würde. Eine internationale Vortrags- und Vortragsfähigkeit, in Verbindung mit Studientrips für Redner. Ein international organisiertes Bibliotheks- und Studiengeldwesen, Sprachkurse durch Korrespondenz zwischen den Arbeitern selbst und angehenden Lehrern. Die Reformierung vernachlässigter Bergangsliteratur des Volkes auf internationaler Basis. Umwandlung von Theater, Film, Kabarett und vieles andere. Alles in allem: eine intensive, intellektuelle Gemeinschaftsarbeit, ein einheitlich geleiteter sozialistischer Kulturkampf!

Der erbärmlichen Verwilderung der Wirtschaft, wie auch der Kultur muß ein Ende bereitet werden. Wir begnügen uns nicht länger mit wildem Hafer, begnügen wir uns demnach auch nicht mehr länger mit der Geratemoßkultur. Es ist die höchste Zeit, daß wir außer der neuen wirtschaftlichen Ordnung auch die neue Internationale der Arbeiter, der Menschheitskultur schaffen, beweisen wir der Menschheit, daß wir mit dem, was wir Millionen Male in unseren besinnstirriestesten Augenblicken, in allen Erdteilen gesungen haben, nun schließlich durchzuführen wollen.

Stürzen soll das Alte nun zum Schutte.  
Stau, steig empor, schlag dich frei!  
Aus Finsternis steigen wir zum Lichte.  
Eind wir nichts, laßt uns alles sein!

(Wortgetreue Uebersetzung aus der schwedischen Internationalen)  
Diese Verse verpflichten nicht nur zur Weltgeschichte, sondern auch zur Kulturgeschichte!

Jüdisches Künstlerleben. (Erleuchtungsvorstellung.) Ein neues Theater in Berlin. Wo früher der armselige Humor der G. J. der Herrschaft regierte, der seine einseitige Note mit der Masse angelich jüdischen Witzes bedeckte, ist nun eine Truppe jüdischer Künstler aus Warschau eingezogen, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, dem Berliner Publikum die Ergebnisse der jüdischen dramatischen Kunst zu vermitteln. — Die Frage ist möglich, ob es ein jüdisches Kunst als solche gibt. Die Künstlertruppe im Theater ist



# Deutschlands Peterspennig

## Ein erlösender Vorschlag zur Steuerfrage

Das es trotz der vielfachmahligen Verordnung der Regierung immer noch möglich ist, das notwendige Recht scharfer Kritik an den Staatsmännern der Republik zu üben, beweist ein Leitartikel, der seit einiger Zeit dem Stinneskongress angehörenden „Weserzeitung“ in Bremen, in denen den Regierenden von heute, die des Regierens noch so ungewohnt sind, ganz gehörig die Meinung gesagt wird. Darüber hinaus ist dieser Artikel aber dadurch bemerkenswert, daß er sich nicht auf die Kritik beschränkt, sondern einen positiven Vorschlag macht, und das sogar zu einer der allerersten Fragen, zum Steuerproblem. Da wir uns für verpflichtet halten, jeden Lösungsvorschlag in dieser Frage unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen, soll auch der Vorschlag der „Weserzeitung“ ihnen nicht vorenthalten werden.

Er geht von der nicht zu leugnenden Tatsache aus, daß Steuern schon ziemlich allgemein als eine unangenehme Zumutung empfunden wird, und daß diese Unlust jetzt noch dadurch verstärkt wird, daß das meiste Geld in die Taschen der Entente fließt. Die Regierung, so meint das Blatt, lese ihre Tätigkeit darin, dem Volk „hölzerne Diktate“ zu verlesen, und zu ihnen rechne es alle Lasten auf, immer nur zu zahlen, ohne zu wissen, warum und wofür, und wann des Zahlens ein Ende sein werde. Die Regierung möge sich auch nicht einbilden, daß ihr die Einziehung der Steuern so glatt gelingen werde. Jeder Anwalt weiß, wie unendlich schwer es ist, aus einem Schuldner, der zahlungsunfähig und schlechten Willens ist, eine Schuldsomme herauszuholen.

Wie schön ist hingegen das freiwillige Opfer, das aus dem Bewußtsein notwendiger Pflichterfüllung erwächst! Die „Weserzeitung“ schildert eindrucksvoll, wie nach Aufhebung des Kirchensteuers der Papst fast aller finanziellen Mittel beraubt war und wie die Katholiken der ganzen Welt freiwillig den „Peterspennig“ aufbrachten und so Jahr für Jahr Millionen in die Kassen des Vatikan fließen lassen.

Diese Opferbereitschaft, die schlicht und still die notwendigen Gelder aufbringt, stellt das Blatt des Herrn Stinnes dem deutschen Volke als Muster vor, nach dem es handeln sollte. Die Regierung solle das übrige dazu tun, die greifbare Idee zu verankern, daß wir alles daransetzen müssen, um einen lästigen Zwang so schnell als möglich abzuschütteln. . . . Die Rot Deutschlands sollte in uns die Idee wecken, daß jeder von uns nicht die Pflicht, sondern das Recht hat, Arbeitszeit und Arbeitskraft zur Abschüttelung des Joches zu verwenden, das uns seit dem Verfall der Trüben mehr und mehr belastet. Dann würde auch sehr bald aller Eigennutz und „frecher Luxus“ verschwinden.

Wenn wir die „Weserzeitung“ recht verstanden haben, so will sie einen Appell an alle Deutschen ergehen lassen, freiwillig ohne Steuerzuforderung so viel zu bleichen, daß es Deutschland recht schnell möglich ist, seine finanziellen Verpflichtungen aus dem Reichsalltag herab zu erfüllen und so das drückende Joch abzuschütteln. Nach ihrer Meinung wehrt man sich, und besonders wohl in den Kreisen ihrer Leser, deshalb so sehr gegen das Steuerzahlen, weil es eine Pflicht ist, während man von einem Recht, der Republik finanziell auf die Beine zu helfen, in größtmöglicher Weise Gebrauch machen würde. Man schaffe also die Steuern ab, und die ganze Steuerfrage ist im Nu gelöst.

Wir möchten der „Weserzeitung“ einen Ergänzungsvorschlag machen. Da die gegenwärtigen Staatsmänner des Regierens noch so „unkundig“ sind, werden sie natürlich an einen so staatsmännisch gedachten Reformplan nur sehr äpernd herangehen. Aber wenn die „Weserzeitung“ in ihren Spalten einen wünschenden Wunsch für „Deutschlands Peterspennig“ erlassen würde und daraufhin die Bremer Großbourgeoisie und vor allem Herr Stinnes freiwillig auch nur ebensoviele zahlen, wie die Steuerbehörde von ihnen verlangt, so werden wir bestimmt anerkennen, daß die Kunst aller Finanzminister der Welt eitel Stückwerk gewesen ist und werden einen Geselzentwurf einbringen, daß die deutsche Finanzministerwürde in der Redaktion der „Weserzeitung“ erblich sein soll.

Zwischen aber werden wir uns durch die Aussicht auf den „Peterspennig“ aus Stinneskreisen nicht davon abhalten lassen, dafür zu sorgen, daß eine recht kräftige Pflicht zu zahlen für die wenigen geschaffen wird, die pern „Arbeitszeit und Arbeitskraft“ herab opfern, die aber selbst Jeiter und Rordio schreiben, wenn

ber Kommandantenstraße wird durch ihre Leistungen den Beweis zu erbringen haben, daß das auch in Deutschland so geringfügig behandelte Oxydium geistige und kulturelle Taten zu verzeichnen hat. Die Erstaufführung am Donnerstag war ein recht viel versprechender Auftakt. Sie zeigte, nicht nur im Charakter des Stückes, sondern auch im Spiel der Künstler, daß das Jüdische Theater auch dem europäischen Publikum etwas zu bieten hat. . . . Man kann im Zweifel sein, ob es von Vorteil war, zur Eröffnungsvorstellung das Volkstück von Peter Hirschstein „Das verlassene Schloß“ zu wählen. Das Repertoire der Künstlertruppe, das für die bevorstehende Saison vorgesehen ist, enthält weit höhere Stücke, als dieses, das kaum über das Niveau eines halbrealistischen Volkstückes hinausreicht. Immerhin hat es trotz mancher Mängel einige wunderbare Mittelstücken, die das eigenartige Leben des kleinstädtlichen Ostjudentums vor das Publikum hinstellen. Die Hauptanstellungskraft lag jedoch in der Leistung der Schauspieler, von denen vor allem Conja Altmann, Frieda Blumenfeld, Alexander Koro und Peter Jelsko zu nennen sind. Die von überaus tüchtender Regie geleitete Aufführung im dritten Akt boten eine Probe davon, was diese mit ihrer Kunst verwachsenen Schauspieler zu leisten vermögen.

**Der Ring des Saturn.** Als eine Welt für sich, ein kleines, gewaltiges selbständiges Planetensystem in dem von der Sonne beherrschten großen, so erscheint uns der Saturn durch die Wirkung seines eigenen Trabantensystems, den zuerst Galilei mit seinem, nur 3mal vergrößerten Fernrohr entdeckte. Galilei erkannte allerdings zunächst erst die von den anderen Gestirnen abweichende Form dieses Weltkörpers und nahm an, an der Hauptkugel seien noch zwei andere kleine einander gegenüber liegende Monde. Er nannte den Stern daher Saturnus triformis. Auch andere Astronomen vermochten, wie die „Astronomische Zeitschrift“ mitteilt, lange das Rätsel noch nicht zu lösen. Bis endlich Huyghens im Jahre 1656 die wahre Gestalt des Ringes und seine Lageränderung erkannte. Als dann 1715 Cassini die nach ihm benannte Teilung des Ringes festgestellt hatte, mußte man, daß der Saturn von mehreren Ringen konzentrisch umgeben sei.

Die Entstehung der Ringe nahm Laplace zum Ausgangspunkt seiner sogenannten Planetenkosmogonie; er wählte, daß alle Planeten aus Ringen entstanden seien. Erst Maxwell wies dann auf theoretischem Wege nach, daß die Ringe aus zahllosen einzelnen Körperchen bestehen müssen, wenn ein dauerndes Gleichgewicht der Ringe bestehen soll. Auch die neuesten Beobachtungen der Ringe bestätigen die Maxwell'sche Theorie vollkommen.

Wie groß die Zahl der von Saturn in seinen Ringen umlaufenden Körperchen (Munde) ist, läßt sich nicht angeben. Man schätzt nur, daß sie um eine zusammenhängende Masse vorantauschen, was nur, daß sie, um eine Welt für sich, ein kleines, gewaltiges selbständiges Planetensystem in dem von der Sonne beherrschten großen, so erscheint uns der Saturn durch die Wirkung seines eigenen Trabantensystems, den zuerst Galilei mit seinem, nur 3mal vergrößerten Fernrohr entdeckte. Galilei erkannte allerdings zunächst erst die von den anderen Gestirnen abweichende Form dieses Weltkörpers und nahm an, an der Hauptkugel seien noch zwei andere kleine einander gegenüber liegende Monde. Er nannte den Stern daher Saturnus triformis. Auch andere Astronomen vermochten, wie die „Astronomische Zeitschrift“ mitteilt, lange das Rätsel noch nicht zu lösen. Bis endlich Huyghens im Jahre 1656 die wahre Gestalt des Ringes und seine Lageränderung erkannte. Als dann 1715 Cassini die nach ihm benannte Teilung des Ringes festgestellt hatte, mußte man, daß der Saturn von mehreren Ringen konzentrisch umgeben sei.

Die neuen Forschungen geben uns ein Bild von den gewaltigen Massen des Saturnusystems. Während sich die gigantische Saturnkugel selbst einen Äquatordurchmesser von 120 780 Kilometer, 9,7mal soviel wie der Erddurchmesser (12 756 Kilometer) besitzt,

mon versucht, durch reifliche Erfassung der Goldwerte das „Joch“ etwas zu lockern, das ihnen angeblich so schwer auf dem Rücken ruht.

# Verhöhnung der Republik

## Aus einem amtlichen Verwaltungsblatt

Das „Berliner Tageblatt“ macht darauf aufmerksam, daß im „Preussischen Verwaltungsblatt“ Nr. 48 vom 27. August ein Kommentar zu dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten besprochen wird. Der Rezensent, Herr Professor Bornhald, schließt die Besprechung mit folgenden Sätzen:

„Sollten wir noch einmal in die Lage kommen, einen Reichspräsidenten zu wählen, statt es vorzuziehen, den vorläufigen Reichspräsidenten für die Dauer der Republik einfach beizubehalten, so kann das kleine Buch für Vorbereitung und Vollziehung der Wahl vortreffliche Dienste leisten.“

Herr Bornhald lehrt an der Berliner Universität. Wir hoffen, daß er nicht schon in der nächsten Zeit das Zeitliche segnet und es noch erlebt, wie schimpfende und läugende Universitätsprofessoren danongelagt werden. Denn die deutsche Republik, für deren Bestehen die Arbeiter Garantie leisten, kann sich nicht „für die Dauer“ verpflichten, Universitätsprofessoren auszuhalten, die die Jugend und das Volk vergiften, statt sie mit dem Rüstzeug geschichtlicher Tatsachen zu versehen. Daß aber jeder dumme Kerl in einem amtlichen Organ der preussischen Regierung seinen politischen Dünge abladen kann, darüber wird mit dem zuständigen Ministerium ein ernstes Wortlein geredet werden müssen.

# Falsche Behauptungen

Zu den in der Presse verbreiteten Behauptungen über angebliche Äußerungen des sächsischen Kultusministers, unseres Genossen Fleißner, teilt dieser folgendes mit: In der bürgerlichen Presse werden angebliche Zitate aus einem Vortrag wiedergegeben, den ich am 26. August in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der U. S. P. in Dresden gehalten habe. Ein Spiegel der rechtsstehenden Presse hat sich offenbar in diese Versammlung eingeschlichen, um dann — Falsches zu berichten. Seine Angaben sind ungenau, groß tendenziös, zum Teil direkt unwar und erfunden. Folgendes Zitat aus meinem Vortrag soll „wörtlich stenographiert“ sein:

„Unsere großen politischen Ziele müssen unter allen Umständen erreicht werden und sei es unter Anwendung der Gewalt. Wir müssen die Anwendung der Gewalt in unsere Rechnung einstellen. Machen Sie sich dazu bereit! Daß es nur unter Anwendung von Gewalt zu machen ist, ist damit nicht gemeint. Das hat schon Kant sich abgelehnt. Für uns steht es jedenfalls fest, daß wir unsere Ziele mit allen Mitteln durchzuführen suchen müssen.“

Ich habe selbstverständlich derart ungerichtetes, laum- und zusammenhangloses Zeug nicht gesprochen. Diese Partie meines Vortrages war zunächst rein theoretisch. Ich machte den Zuhörern klar, daß es nach dem wissenschaftlichen Sozialismus und den geschichtlichen Erfahrungen ebenso falsch sei, den Sozialismus lediglich durch die Demokratie und Parlamente zu erhoffen, als zu meinen, daß er einzig und allein durch Gewalt herbeizuführen sei. Ich verweise ausdrücklich auf das kommunistische Manifest, das die Gewalttheorie enthält, und auf die Vorträge zu den späteren Auflagen, besonders die von Engels, in denen diese Theorie ausgeführt ist. Die sozialistische Bewegung müsse aber mit der Möglichkeit rechnen, das die letzte Entscheidung in der großen gesellschaftlichen Umwälzung gewaltsam herbeizuführen werden muß. Ich fügte diesen Darlegungen ausdrücklich hinzu: Niemand kann heute wissen, in welcher Form diese Umwälzung vor sich geht. Wenn ohne Gewalt, dann um so besser.

Es ist mir gar nicht eingfallen, „Propaganda für die Gewalt“ treiben zu wollen oder zur Gewaltanwendung aufzufordern, wie es die Kommentare und Zitate in der bürgerlichen Presse hinstellen. Das „wörtliche Stenogramm“ jenes deutschnationalen Pressespiegels ist also nicht nur unrichtig, es ist purer Schwindel. Und der „hochwissenschaftlich-kommunistische Dozent“ („Dresdener Neueste Nachr.“) „näherte“ ich mich nicht nur nicht, sondern ich lehnte ja gerade deren U. S. P. Gewalttheorie als unwissenschaftlich ab. Die Aufforderung an die Hörer, falsche Auffassungen über die Haltung der U. S. P., besonders auch in den Betrieben zurückzu-

hat der äußere Ring einen Durchmesser von 270 800 Kilometer, also fast drei Viertel der Entfernung unseres Mondes (384 892 Kilometer) und der innere Ring eine Breite von 25 519 Kilometer, das heißt mehr als doppelt so viel als der Erddurchmesser.

Ein vorbildlicher Informationsdienst, der namentlich wirtschaftliche und soziologische Dinge berücksichtigt, ist dieser Tage von Angehörigen der englischen Universität Cambridge in London eröffnet worden. In jedermann, der ein verhältnismäßig geringes Abonnement bezahlt, werden Zeitungsausschnitte aus nicht leicht anzufindenden Blättern aller Richtungen geliefert, da es, wie die Gründer betonen, für jeden, der sich politisch betätigen will, notwendig ist, sich unparteiisch zu unterrichten, dies aber normaler Weise nur unter großen Opfern an Zeit und Geld, und auch dann nur lückenhaft möglich ist. Was angestrebt wird, ist ein Auskunftsbureau auf exakt wissenschaftlicher Grundlage. Cambridge ist, wie gesagt, eine englische Universität. Deutsche Universitäten haben für dergleichen keine Zeit, da sie mit der Fabrikation von Stendokfordhüten für Wilhelms Palastine vollauf in Anspruch genommen sind.

# Tages-Rotizen

Kanonen der U. S. P. Sonntag normittags 11 Uhr findet eine öffentliche Veranstaltung des 10. Verwaltungsbezirkes statt, deren Leitartikel der Wahlkämpfer ist. Anwesend: Felix Stilling, Reichliche Ministerin von den Damen Sarah und Minna zu Klauen (Görlitz, Klotz), Sozialist Leubner (Görlitz), Emil Kuhn (Magdeburg). Jeder Besuch im Interesse der Sache erwünscht.

Der Berliner Volks-Chor (Dirig. Dr. S. Jander) veranstaltet in Gemeinschaft mit der Hildesheimer-Gesellschaft zwei Aufführungen von Berlioz' „Häufige Verkündigung“ unter Mitwirkung von Fr. Selmann, Herrn Kuhnmann (Hannover a. M.), Herrn Wenzel (Hannover), Herrn Kahl und des Villenmusikanten Odehlers. Die erste Aufführung findet Montag, 8. September, in der Neuen Welt, die zweite Sonntag, 10. September, in der Villenmusikantenhalle.

Erkennungsfeier. Komödienschauspiel: 7. Jannas Kuhnstrub. — Kleiner Theater: 8. Fiedlein Jettie, meine Frau. — Kaiser-Theater: 11. Die berühmte Frau. — Schiller-Theater: 12. Siegel: 12. Alles um Geld.

Größtes Schachspielhaus. Des neuen Abonnement (Spielzeit 1921-22) beginnt Montag, den 20. September, mit der Schachführung der „Klub“ für die Abonnement in einer öffentlichen Rekonstruktion der Rekonstruktion. Den Karl Voss spielt Paul Hartmann, den Franz Voss Werner Kraus.

Neuzeitliches Theaterstück. Als zweites Schauspiel im Theater des Westens (Direktion Herr Voss) wird Sonntag, 4. September, 2 Uhr nachmittags, ein Drama von S. Petrapetz gegeben, wobei das bekannte Mitglied des Moskauer Künstler-Theaters Siegen Kuznetsov in der Hauptrolle zum ersten Male in Berlin auftritt.

Thomas Mann-Vortrag. Der Schuberband Deutscher Schriftsteller veranstaltet in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen über zeit- und geistesgeschichtliche Themen. Als erster Vortragender wird Thomas Mann Sonntag, 10. September, 8 Uhr (Kaiserhofsaal) über „Goethe und Leibniz“ sprechen. Karten bei Voss u. Kahl und W. Wertheim.

Historischer Verein Berlin. Montag, 14 Uhr. Vortrag Dr. Gumpel im Deutschen Klub, Reichsgemeinschaft, Donnerstag, 12. 2 Uhr. über „Die Wende in ein ganz Koblenz“ (Görlitz) 3 M.

Gesellschaft für Sozialkunde. Die im April dieses Jahres unter Mitwirkung bekannter Redig. Volkswirtschaftler und Politiker ins Leben gerufenen „Gesellschaft für Sozialkunde“ deren Hauptaufgabe die lexuelle Auffklärung der Bevölkerung ist, wird am 7. September 7 1/2 Uhr in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Universität, nachmittags 10 Uhr, mit einem Vortrag „Mite und was die Welt ist“ (Referenzen Dr. med. Weill, Dr. G. Kamenar, Werner Gluck) an die Öffentlichkeit treten. Eintrittskarten 3 M. Das Programm über die Wirkungsabnahme verleiht die Gesellschaftliche Veranschaulichung 1.

weisen, bezog sich speziell auf die Stellung der U. S. P. zum Berliner Vertrag, Ultimatum und Pariser Konferenz. Auch das verurteilt der Gemährsmann der bürgerlichen Presse; er gibt weiter meinen Vergleich mit dem Verhalten der Russen nach Brest-Litowsk ganz schief wieder.

Der Mann ist offenbar ganz unfähig, über solche Dinge zu referieren, oder er lägt und verdreht absichtlich. — Aus den Fingern gelogen ist die Behauptung, ich hätte zu Beginn des Vortrages gesagt, hier seien „wir unter uns“, und da könnte ich „freier als sonst reden“. Das ist schon deshalb ganz unrichtig, weil ich denselben Vortrag mit den kritischen Ausführungen kurz vorher außerhalb Dresdens in zwei großen öffentlichen Versammlungen gehalten und den gleichen, sich mit der Auffassung der U. S. P. deckenden Standpunkt seit Jahrzehnten inner- und außerhalb der Partei vertreten habe.

Zur Umbildung des preussischen Kabinetts. Der Landtagspräsident Leinert hat gestern Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten Stegerwald über die Frage der Umbildung der deutschen Regierung gehabt. Auch mit verschiedenen Parteiführern nahm er Führung. Zu einem Ergebnis sollen diese Besprechungen bisher nicht geführt haben.

Beilegung des Chemnitzer Bapo-Zwischenfalls. Die Verhandlungen des sächsischen Ministerpräsidenten mit der zweiten Hundertschaft der Landespolizei in Chemnitz, die die Aufhebung des Stahlschloß bei Abungen verweigert hatte, führte dazu, daß der Ministerpräsident die Entlassungen zurücknahm.

# Groß-Berlin

## Zwei Annoncen

Unserem Dresdener Parteiführer entnehmen wir folgende treffliche Kennzeichnung der doppelten Moral der bürgerlichen Gesellschaft.

Wer die bürgerliche Gesellschaft kennen will, darf nicht bloß ihre Leitartikel lesen. Der Blick von vorn, ins Gesicht, zeigt nur die Auktormaske. Wer die bürgerliche Gesellschaft kennenlernen will, der muß einen Blick ins Hinterteil werfen: dort wo auf der letzten Seite der quibürgerlichen Zeitung die wahre Rehrseite der bürgerlichen Menschheit zum Vorschein kommt. Dort hinten, wo die guten Christen das Sakrament der Ehe mit 50 Wille Bedingung suchen und die besten Kreise, Schachden verboten, unter „Lebensgefährlich“ in ein guigehendes Schnittwarengeschäft einzubeiterten wünschen, wo Diskretion Ehrensache und Kapital Hauptsache — dort hinten, wo's fürchterlich, aber wahr ist, fanden sich auch die folgenden Anzeigen, die von der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entdeckt wurden:

Friseurmeisterin, durchaus perfekt in Maschinen- und Kurzschneid, in angenehme Stellung bei Dresden gesucht. Bedingung: Bildung, schöne volle Figur, elegante Erscheinung, gute Garderobe . . .

Das ist deutlich. Der Chef wird nicht; er inseriert seine Gelüste. Das Kapital kauft nicht nur die Kurzschrift und die Bildung, sondern auch die schöne, volle Figur. Es kann sie verlangen, denn es wird sie — schlecht genug — bezahlen. Aber würde er dies so unverschämt zu annoncieren wagen, wenn es nicht auch noch folgendes gäbe:

Intelligenter, strebsamer, kaufmännisch gebildeter Mann sucht seinen Posten zu wechseln. Eigenschaften: Feind der Organisation, keine Arbeit scheuend, wünscht bloß im Interesse des Unternehmens tätig zu sein. Angebote unter „Kautionsfähig 100-10.700“ an das „Nordböhmische Tagblatt“ erbeten. Nur gegen Schein.

Was Fähigkeit, was Fachkenntnis — Feindschaft gegen die Organisation ist die beste Empfehlung. Und wir wundern uns, daß das Kapital die Körper der Arbeiterinnen kauft, wenn es Arbeiter gibt, die ihm die Seele verkaufen?

# Ein Gast von Kempinski

Unserer Redaktion ging ein Brief zu, auf dem sich der Firmenaufwand: M. Kempinski u. Co., Weingroßhandlung, Berlin N. 8, befand. Er enthielt einen Briefbogen mit demselben Ausdruck, auf dem folgendes mit verstellter Schrift geschrieben stand:

Ich habe am Mittwoch bei dem Idiotenzug eine Probe tarierbriefische mit 2788,65 Mark gefunden und lasse es mir davon gut kommen. Es war anscheinend der Karte nach ein notleidender Erwerbsloser.

Sicher hat der Schreiber dieses Briefes stark unter dem Einfluß des Alkohols gestanden; aber auch sonst ist solch ein Schreiben — das wir aus der Fülle der anonymen Schmierereien herausgreifen — symptomatisch. Wir empfehlen dem Mann, weiter Alkohol zu trinken, vielleicht trinkt er sich mal so viel Mut an (den er sonst wohl nicht hat), daß er mal seinen Namen und Adresse unter solche Briefe schreibe.

Sollte sein Ged dazu nicht langen, so geht er am besten unter die notleidenden Erwerbslosen; schon nach kurzer Zeit Unterstützungsempfanges wird seine Briefstapel voller Banknoten sein. Oder nicht?

# Zur Beachtung für die Parteifunktionäre!

Trotz sorgfältigster Bearbeitung der Veranstaltungsanzeigen ergeben sich immer wieder Mängel in diesem für die Organisationsarbeit in der Part i so außerordentlich wichtigen Teile der „Freiheit“. Wir möchten deshalb die Parteigenossen, die mit dem Aufgeben von Veranstaltungsnutzen beauftragt sind, bitten, Folgendes zu beachten:

Die für den Veranstaltungsanzeiger bestimmten Notizen müssen grundsätzlich schriftlich an die Redaktion gelangen, und zwar möglichst auf einem Stück Papier, das größer als die Größe einer Streichholzschachtel ist. Telephonisch dürfen Organisationsnotizen nur in den außerordentlichen Fällen aufgegeben werden, da die Stenotypistinnen der Redaktion mit der Aufnahme wichtiger politischer Nachrichten und anderer Redaktionsarbeiten vollauf beschäftigt sind.

Grundsätzlich müssen die Notizen drei Tage vor dem Tage der Veranstaltung in den Händen der Redaktion sein, da der Veranstaltungsanzeiger aus Raumgründen nicht mehr als die Ankündigungen zweier Tage enthalten kann. Um die rasche und im Interesse der Parteiförperschaften liegende Erledigung zu erleichtern, bitten wir die Parteigenossen, die Aufstellung der Organisationsanzeigen nach folgendem Beispiel vorzunehmen:

## Montag, 3. September

1. Direkt. Sitzung der Kommunalen Kommission abends 7 Uhr bei Krüger, . . . Seite 16.

Der Tag der Veranstaltung braucht in der Notiz nicht enthalten zu sein, sondern wird besser darüber geschrieben. Es ist aus Raumgründen nicht möglich, Veranstaltungen zwei mal anzukün-



